

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

31.01.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Einheitliche Strategie</b> <i>Blitz am Sonntag, 29.01.2023</i> .....	3
2   <b>Deutschland zahlt 558 Millionen für russischen Atom-U-Boot-Friedhof</b> <i>achgut.com, 31.01.2023</i> .....	4
3   <b>DAK meldet: MV beim Krankenstand 2022 bundesweit Spitzenreiter</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 30.01.2023</i> .....	6



📰 Blitz am Sonntag | 29.01.2023

## Einheitliche Strategie

### Backhaus fordert Zeitplan für die Castor-Zwischenlagerung

**Lubmin/pb/pm.** Umweltminister Dr. Till Backhaus fordert den Bund dazu auf, eine einheitliche Zwischenlagerstrategie für Deutschland zu erarbeiten. Im Landtag sagte er Mittwoch: »Es ist eine Richtlinie erforderlich, die die Anforderungen an eine längerfristige Zwischenlagerung definiert. Nur so können Anlagenbetreiber ihre Aufbewahrungsgenehmigungen auf einer soliden Basis verlängern lassen.« Anlass für seine Forderung geben die Verzögerungen bei der Endlagersuche. Demnach werde die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) die Standortentscheidung um mindestens 15 bis 37 Jahre aufschieben. Das Standortauswahlgesetz von 2017 sah eine Festlegung des Endlagerstandortes für 2031 vor. »Zwar hat die BGE einen Zeitplan für die weiteren Schritte der Endlagerung vorgelegt. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) bezeichnete die eingereichten

Unterlagen aber als nicht prüffähig. Gleichwohl gab das BASE an, zur Prüfung der angeblich nicht prüffähigen Unterlagen und bis zur Einrichtung der Regionalkonferenzen in den Standortregionen fünf bis sechs Jahre zu benötigen. Mit anderen Worten: Der bisherige Prozess ist für mich an vielen Stellen undurchsichtig und nicht nachvollziehbar. Ich fordere deshalb vom zuständigen Bundesumweltministerium rasche Aufklärung und einen abgestimmten Zeit- und Arbeitsplan, welcher alle Prüfschritte bis zur Einrichtung der Regionalkonferenzen einschließt«. In MV sind die 74 Castorbehälter im Zwischenlager Nord in Lubmin von den Verzögerungen betroffen. Die Aufbewahrungsgenehmigung ist auf 40 Jahre ab Verschluss der Castorbehälter aber maximal bis zum 31. Oktober 2039 befristet. Damit läuft die Aufbewahrungsgenehmigung für die ersten CASTOR-Behälter im Jahr 2036 aus.

## Deutschland zahlt 558 Millionen für russischen Atom-U-Boot-Friedhof

*Insgesamt 558 Millionen Euro an deutschen Steuergeldern flossen bisher in die Errichtung der weltgrößten Anlage für die Entsorgung radioaktiven Atommülls in einer der nördlichsten Ecken Russlands. Deutsche Ingenieure haben gute Arbeit geleistet, aber wie sinnhaft ist diese Entwicklungs-, respektive Entsorgungshilfe?*

Wissen Sie, wo Murmansk liegt? Etwa 2.000 Kilometer Luftlinie von Berlin entfernt, im hohen Norden von Russland, noch 1.500 Kilometer von Moskau entfernt. Bis zu Norwegens nördlichster Grenze sind es 150 Kilometer.

Dort gibt es einen riesigen Friedhof für ausgediente russische Atom-U-Boote. Eine große Anzahl von ihnen dümpelten und rosteten im eiskalten Wasser der Barentssee vor sich hin, bis sich der deutsche Steuerzahler zu Beginn der 2000er Jahre erbarmte und anfang, Hilfe für die Entsorgung der Schiffsreaktoren und der kontaminierten Schiffsanlagen zu leisten. Auch andere G8-Staaten unterstützten das Projekt, doch mit den Vorreitern von der ehemaligen Deutsch-Sowjetischen Freundschaft konnten sie nicht mithalten.

Konkret ging es darum, von den vorhandenen 250 Atom-U-Booten etwa 230 abzurüsten, stillzulegen und geordnet zu entsorgen. Daneben waren diverse Stützpunkte zu schließen und die dort vorhandenen radioaktiven Materialien sicher zu entsorgen.

**Deutschland sagte seine Beteiligung an der „Globalen Partnerschaft“ (GP) mit bis zu 1,5 Mrd. US-Dollar an drei Programmen zu:**

1. Entsorgung der russischen Atom-U-Boote (300 Millionen Euro Phase 1 plus 300 Millionen Euro Phase 2),
2. Chemiewaffenbeseitigung (ca. 300 Millionen Euro) sowie
3. Verbesserung des physischen Schutzes von Nuklearmaterial (ca. 170 Millionen Euro).

**Offenbar interessiert sich in Deutschland kaum ein Journalist dafür**

Das Bundeswirtschaftsministerium BMWI veröffentlichte dazu in aller Transparenz einen „Abschlussbericht über das Deutsch-Russische Projekt Sichere Entsorgung von Atom-U-Booten der Russischen Föderation Berichtszeitraum: Oktober 2003 – Dezember 2016“. Doch ganz offenbar interessiert sich in Deutschland kein Journalist für so ein durch und durch gelungenes Projekt.

Das BMWI bediente sich bei der Umsetzung des Projektes der **EWN** GmbH, einer Organisation, die ursprünglich für den Rückbau des ostdeutschen Kernkraftwerks Greifswald zuständig war. Das machte Sinn, da in der **EWN** einschlägige Erfahrung und Personal mit Russischkenntnissen vorhanden war. Es lohnt, einen Blick in das verlinkte Dokument des BMWI zu werfen, da es reich bebildert ist.

**Was waren die wichtigsten Aufgaben, die das BMWI den „deutschen Genossen“ zuschrieb?**

Ingenieurtechnische Planung und Realisierung des Projekts.

Verantwortliche Projektleitung von deutscher Seite unter Sicherung der Terminziele und unter Einhaltung des Kostenrahmens.

Zusammenwirken mit allen fachlich Beteiligten und Koordinierung aller fachlich Beteiligten, insbesondere auch hinsichtlich der russischen Organisationen zur Projektbegleitung.

**Wie wurde bei der Entsorgung der russischen Atom-U-Bootswracks vorgegangen? Die „Entsorgung“ der U-Boote erfolgte im Wesentlichen in vier Etappen:**

- Entwaffnung war nicht Bestandteil des deut-

schen Projektes. Erfolgte durch Russland.

- Entladung von Kernbrennstoff war nicht Bestandteil des deutschen Projektes. Erfolgte durch Russland. Kernbrennstoff wurde in die Wiederaufbereitungsanlage „Majak“ im Ural verbracht.
- Zerlegung der Atom-U-Boote. Erfolgt auf verschiedenen Werften in Russland. Wird/wurde finanziert von Russland, Deutschland und weiteren Staaten.
- Formierung von Reaktor-sektionen. Erfolgt bei SRW „Nerpa“ und teilweise auf der „10. Marinewerft“ in Poljarnyj. Wird/wurde finanziert von Russland, Deutschland und weiteren Staaten.

Das heißt, dass nach dem Entladen der Reaktoren die U-Boote in Sektions-Scheiben geschnitten, die Scheibenenden mittels Trennwänden zugeschweißt, sandgestrahlt und farbbeschichtet werden und diese dann auf einer Betonfläche im Freien gelagert werden.

Zusätzlich wurde ein Entsorgungszentrum für niedrigaktive metallische Materialien aufgebaut, zur Zerkleinerung, Dekontamination und Verpackung des radioaktiven Materials in Fässer. Die gigantische Anlage ging 2015 in Betrieb.

Darüber hinaus wurden deutsche Schwerlasttransportsysteme auch für radioaktiven Abfall und All-Terrain-Mobilkräne nach Wladiwostok und nach Kamtschatka geliefert.

### **Weltgrößte Anlage für die Entsorgung radioaktiven Atommülls**

Wenn man die Sinnfälligkeit das Bezahlens einer solchen Entsorgungsanlage in Russland mit einer guten halben Milliarde deutschen Steuergeldes nicht hinterfragt, muss man sagen, dass die deutschen Ingenieure in Murmansk einen guten Job gemacht haben. In Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung entstand so in der eiskalten russischen Bucht die bis dato weltgrößte Anlage für die Entsorgung radioaktiven Atommülls, dessen ungewollte Verbreitung aber wohl das tausende Kilometer entfernte Deutschland nimmer erreicht hätte. Die Lagerkapazität der Entsorgungsanlage beträgt 100.000 Quadratmeter. Auch wurden die russische „Nerpa-Werft“ und die „Marinewerft Nummer 10“ ertüchtigt sowie die Saida-Bucht ökologisch saniert. Immerhin ist das Ganze für die Russen und Norweger gut. Und für die Abrüstung.

Am 18. Juli 2006, kurz nach dem Ende der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland, eröffnete der damalige Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) den ersten Teil des Projekts, von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet. Auch eine Delegation des Deutschen Bundestages reiste zur Einweihung im Jahre 2011 hin. Dies erfolgte von der Öffentlichkeit noch weniger beachtet. Wie auch – die Medien hatten doch glatt vergessen, darüber gebührend zu berichten.

Insgesamt 558 Millionen Euro an deutschen Steuergeldern flossen bisher in die Errichtung der weltgrößten Anlage für die Entsorgung radioaktiven Atommülls in einer der nördlichsten Ecken Russlands.

Seit Februar 2022 hat die „deutsche Delegation“ keinen Zutritt in Murmansk mehr, da Rosatom alle Projekte im Sinne des Wortes auf Eis gelegt hat. Zum Glück hat Deutschland ja noch die Volksrepublik China, wo die deutsche Regierung eine halbe Milliarde Euro Entwicklungshilfe hin überweisen kann.

## DAK meldet: MV beim Krankenstand 2022 bundesweit Spitzenreiter

*Die Versicherten der Krankenkasse haben im vergangenen Jahr im Schnitt sieben Tage länger gefehlt als 2021. Eine Art der Erkrankung hat die Zahlen besonders nach oben getrieben.*

**Schwerin.** Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind im vergangenen Jahr laut einer Erhebung der Krankenkasse DAK besonders viel krank gewesen. Im Schnitt fehlte jeder Erwerbstätige 25 Tage bei der Arbeit, wie die Krankenkasse DAK-Gesundheit nach der Auswertung der Krankschreibungen von 66 000 dort versicherten Beschäftigten am Montag (30. Januar) mitteilte. Das seien sieben Tage mehr als 2021 gewesen und stelle den Spitzenwert innerhalb Deutschlands dar.

Vor allem Atemwegserkrankungen warfen demnach die Menschen im Nordosten aufs Krankenlager. Im Vergleich zum Vorjahr habe es einen Anstieg um 154 Prozent gegeben. Zudem spielte Corona den Angaben zufolge eine erhebliche Rolle bei den Krankschreibungen. Auch die Techniker Krankenkasse hatte nach ei-

ner Auswertung der Daten von rund 99 000 Versicherten von etwa 25 krankheitsbedingten Fehltagen in MV im Jahr 2022 berichtet.

### Große Herausforderung für Wirtschaft in MV

Ein derart hoher Krankenstand sei eine große Herausforderung für die Wirtschaft, erklärte die Landeschefin der DAK-Gesundheit in MV, Sabine Hansen. „Er zeigt, dass Gesundheit am Arbeitsplatz eine hohe Priorität bekommen muss, nicht nur wegen der Pandemie, sondern auch und vor allem wegen des zunehmenden Personal- und Fachkräftemangels.“

**Beim Krankenstand hat Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2022 bundesweit den Spitzenplatz belegt.**